



## **Vorschläge für eine moderne und zukunftsorientierte Hauptstadtpolizei in Berlin**

Tom Schreiber, MdA

Nov. 18 - Apr. 19

## Inhalt

### **Die Ausgangssituation 3**

Zwei Seiten einer Metropole 3

Der ungeschönte Status Quo 3

Innere Sicherheit in Berlin 4

### **Die Reform der Reform 4**

Controlling-Berichte 4

Abschnittsdienst 5

Trendwende bei der Personalsituation? 5

Direktion Einsatz vs. örtliche Einsatzhundertschaften 5

### **Die Polizei Berlin heute und in Zukunft 6**

Die wichtigsten Schritte 6

*Sicherheit im Kiez 6*

*Neuzuschnitt der Direktionen 7*

*Nebenwachen und Direktionskommandos 8*

*BPA und Einsatzhundertschaften 8*

*Polizeiabschnitte 9*

*Polizei im vollzugsnahen Bereich (jetzt: tarifbeschäftigter Objektschutz) 9*

*Bewachung der Polizeiliegenschaften 10*

*Investitionen, Modernisierung und Digitalisierung 10*

*Funkwagen 10*

*Landeskriminalamt Berlin 11*

*Gefangenenwesen 12*

*Polizeiärztlicher Dienst 12*

*Motivation der Belegschaft 12*

*Aus- und Fortbildung 12*

*Controlling 13*

## Die Ausgangssituation

### Zwei Seiten einer Metropole

Auf der einen Seite haben wir 12 Berliner Bezirke mit unterschiedlichen Kiezen, Ausgangslagen und Anforderungen an die allgemeine Sicherheit und die Kriminalitätsbekämpfung. Auf der anderen Seite haben wir vielfältige Großlagen in Berlin insbesondere im Innenstadtbereich.

Hinzu kommen die Alltagskriminalität (Raubtaten, Eigentumsdelikte, Roheitsdelikte und dergleichen) einschließlich dem organisierten Handel mit Betäubungsmitteln und weitere umfassende Erscheinungsformen Organisierter Kriminalität, speziell der organisierten Bandenkriminalität arabischer Großfamilien und krimineller Rockergruppierungen sowie der „Eurasischen OK“ in Berlin. Auch der Gesamtkomplex der Gefährder im Bereich des Islamismus stellt die Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen – in der Vergangenheit wie auch in der Gegenwart.

### Der ungeschönte Status Quo

Die tatsächliche Situation in den örtlichen Polizeiabschnitten und zuständigen Direktionen ist prekärer, als es seit Jahren nach Außen vermittelt wird. Die Berliner Polizei kann in ihrer derzeitigen Struktur nur noch eingeschränkt reagieren und bereits länger nicht mehr präventiv agieren. Kriminalität wird zunehmend nur noch verwaltet, anstatt bekämpft.

Die An- und Herausforderungen einer „wachsenden Stadt“ spiegeln sich in keiner Weise in der Berliner Sicherheitsarchitektur wieder. Durch die Phase der Nichteinstellungen von 2001 bis 2006 wurden die heutigen Strukturprobleme im Personalbereich erheblich begünstigt. Eine aktive, offensive und proaktive Verbrechensbekämpfung kann bei dem resultierenden Personalmangel trotz hohem Arbeitsaufwand und dienstlichen Überstunden der Einsatzkräfte kaum noch gewährleistet werden.

Der personelle Einbruch wird außerdem durch die Polizeistrukturereform von 2014 verschärft. Aus dieser Reform ergab sich eine Art „Mitnahme-Effekt“, bei dem Personal aus den Abschnitten in zentralisierte Einsatzhundertschaften umverteilt wird. Anstatt auf eine personell starke, flächendeckende Besetzung in den Abschnitten setzt die Polizei nun auf schlagkräftige, zentrale Organisationsformen. Das Kerngeschäft der Polizei sollte jedoch die Sicherheit im Kiez sein. In den Kiezen, also in den Abschnitten, fehlt es aber inzwischen massiv an Einsatzkräften und die zentralisierten Einsatzhundertschaften übernehmen nicht die alltäglichen und mannigfaltig Aufgaben der Abschnittsdienste.

*„Das Kerngeschäft der Polizei sollte jedoch die Sicherheit im Kiez sein.“*

*„Der Anspruch, die ganze Stadt in den Fokus zu nehmen, wird seit der letzten Strukturreform nicht mehr nachhaltig verfolgt.“*

## Innere Sicherheit in Berlin

Die Innere Sicherheit wird spätestens seit 2014 vornehmlich nur noch innerhalb des Berliner S-Bahn-Rings gewährleistet. Der Anspruch, die ganze Stadt in den Fokus zu nehmen, wird seit der letzten Strukturreform nicht mehr nachhaltig verfolgt.

Eine klare Erwartungshaltung des Souveräns ist aber, dass es Sicherheit im Öffentlichen Straßenland, im Straßenverkehr, auf den Liegenschaften, dem Wasser und im ÖPNV gibt. Die Auswirkungen der Zentralisierung, welche zum Anstieg von Personal in den Stäben bei der Dir E (2014: 109 Stellen und 2018: 259 Stellen) führte, sowie die über 290 offenen Stellen bei der 1-3 BPA sprechen eine deutliche Sprache: Eine Sichtbarkeit in der Fläche kann nicht gewährleistet werden.

Die Behauptung, durch die Strukturreform von 2014 seien Einsatzkräfte freigesetzt worden, muss daher im Nachgang als kritisch angesehen werden, da die personelle Umverteilung für wichtige Kernaufgaben (die Prävention und die Bekämpfung der Kriminalität vor Ort in den Abschnitten) eine Verschlechterung der Situation bewirkte:

- » Weder die Abschnitte, noch die Fachdienststellen haben mehr Personal erhalten, sondern das Gegenteil ist eingetreten.
- » Der Mangel an Einsatzkräften vor Ort ermöglicht nur noch eine punktuelle und reaktive Bekämpfung von Kriminalitätsphänomenen.
- » Der Mangel an Einsatzkräften verlangsamt die Reaktionsfähigkeit auf Kriminalität und erfordert Priorisierung. Nachrangige Delikte werden aufgeschoben.
- » Die Eigenschaften „flächendeckend, umfassend“ oder „präventiv“ können inzwischen eher antonym zu den Sicherheitsmaßnahmen in den Berliner Kiezen gebraucht werden.
- » Aufgrund einer sich asymmetrisch entwickelnden Kriminalitätskontrolle und generellen Polizeipräsenz sinkt das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in ihren Wohnquartieren.
- » Wähler suchen sich neue politische Vertreter, die eine glaubhafte Verbesserung der Situation in Aussicht stellen.

## Die Reform der Reform

### Controlling-Berichte

Die jährlichen Controlling-Berichte der Polizei Berlin zeigen, dass sich die Zustände in vielen Bereichen stetig verschlechtern. In fast allen Direktionen gibt es einen merklichen Zuwachs an temporär- und dauerhaft erkrankten Beamten. Das Beispiel der Direktion 2 im Jahr 2018 zeigt

dieses eindrucksvoll. 85 Polizeivollzugskräfte waren temporär und 105 Polizeivollzugskräfte dauerhaft erkrankt. Im Abschnitt 26 fehlten allein Mitte 2018 30 Polizeivollzugskräfte. Das bedeutet, dass die Dienstgruppen im Abschnitt nicht ansatzweise ihre Vollstärke erreichten, geschweige denn Kontaktbereichsbeamte tatsächlich vor Ort agieren konnten, weil schlichtweg das Personal für eine entsprechende Besetzung fehlte. Gerade der Kontaktbereichsbeamte stellt eine wesentliche Säule für die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl im Einsatzraum – also direkt vor Ort – dar.

### Abschnittsdienst

Träger des Polizeidienstes ist seit jeher der Abschnittsdienst, der die polizeilichen Belange im Kiez zu lösen hat. Spätestens seit Einführung des „Berliner Modells“ im Jahr 1998 können die Abschnittsdienste jedoch die Fülle ihrer Aufgaben nicht mehr zufriedenstellend erfüllen. Hier klafft eine Lücke zwischen den gesetzten Zielen, der Durchführbarkeit und folglich der tatsächlichen Zielerreichung.

Die Polizei ist nach „Polizeidienstvorschrift 100“ wesentlicher Garant der Inneren Sicherheit: Präsenz und Nahbarkeit sind unabdingbare Voraussetzungen für das Vertrauen der Bürger in ihre Polizei. Sie hat in erster Linie vorbeugende Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung zu leisten. Ohne signifikante Präsenz und wahrnehmbare Aktivität der Polizei in der Fläche erwächst ein negatives Sicherheitsgefühl im Kiez. Dieses wirft unmittelbar seine Schatten auf Politik und Verwaltung, die vermeintlich nicht genug unternehmen um die Polizei und damit die Sicherheit in der Stadt zu stärken.

*„Ohne signifikante Präsenz und wahrnehmbare Aktivität der Polizei in der Fläche erwächst ein negatives Sicherheitsgefühl im Kiez.“*

### Trendwende bei der Personalsituation?

Trotz der Trendumkehr – inzwischen wird wieder mehr eingestellt und ausgebildet – ist noch kein wirklicher Umschwung in Sicht. Das neue Personal wird nicht dahingehend in die Strukturen der Polizei eingebracht, dass mehr Präsenz im Einsatzraum entsteht, sondern es wird gezielt in die zentralisierten Einsatzhundertschaften eingegliedert. Genau hier wird ein strategisches Kernproblem der Polizei Berlin deutlich: Das Personal wird ineffektiv verteilt und gesetzte Schwerpunkte in der Struktur gehen am eigentlichen Bedarf vorbei. Somit wird auch eine weitere Positiventwicklung der Personalsituation keine baldige Verbesserung hinsichtlich der gefühlten und tatsächlichen Sicherheit im Alltag und in den Kiezen vor Ort bringen.

*„Das Personal wird ineffektiv verteilt und gesetzte Schwerpunkte in der Struktur gehen am eigentlichen Bedarf vorbei.“*

### Direktion Einsatz vs. örtliche Einsatzhundertschaften

Es war ein Fehler die Direktion Einsatz in ihrer jetzigen Form zu gründen. Sie schafft keine Sichtbarkeit vor Ort und sie stärkt nicht die Handlungsfähigkeit der örtlichen Direktionen. Dringender als die Direktion Einsatz werden die ehemaligen örtlichen Einsatzhundertschaften in den sechs Direktionen benötigt, um eigene Akzente zu setzen und insbesondere

der Alltagskriminalität nachzugehen.

Nur im Verbund mit diesen Einsatzhundertschaften wäre es den Abschnitten der Direktionen möglich, sogenannte Initiativeinsätze ad hoc oder geplant wirkungsvoll durchzuführen. Ein Beispiel hierfür sind Razzien im kriminellen bzw. kriminogenen Milieu – eine wirksame Maßnahme, um den Erscheinungsformen Organisierter Kriminalität präventiv bzw. frühzeitig beizukommen. Derartige strategische Maßnahmen sind aus den örtlichen Direktionen heraus ohne die entsprechende personelle Aufstellung jedoch nicht möglich. Einer losgelösten Direktion Einsatz hingegen mangelt es für diese Maßnahmen an Kontinuität und Erfahrung im Einsatzgebiet.

Ebenfalls mit der Polizeistrukturereform 2014 zentralisierten wurden der Verkehrsdienst und die Hundestaffel. Beiden mangelt es in zentralisierter Form an Flächenwirkung und Effektivität aufgrund langer Wege, sowohl räumlich als auch koordinativ. Auch diese Strukturmaßnahme von 2014 bewirkte somit eine Verschlechterung der Situation.

*„Think Big for the  
Police in Berlin“*

*- Schlanke  
Führungsstrukturen  
umsetzen und die  
Polizei für den  
Bürger sichtbar  
machen.*

## Die Polizei Berlin heute und in Zukunft

Die Polizeistrukturereform aus dem Jahr 2014 stellt für die Herausforderungen einer Stadt wie Berlin im Jahr 2019 keine Antwort mehr bereit. Es bedarf einer zeitgemäßen, zukunftsfähigen und umfassenden Strukturreform, die einem strategischen Konzept für die Polizei Berlin 2019 folgt und dabei bereits den Grundstein für 2025 legt sowie die Entwicklungen bis 2030 antizipiert. Kurzgesagt: Es braucht jetzt einen weitblickenden Masterplan für die Polizei Berlin.

## Die wichtigsten Schritte

### Sicherheit im Kiez

Die Sicherheit im Kiez ist eine zentrale Herausforderung und Aufgabe in der Sicherheitspolitik in dieser Stadt. Gerade in einer Hauptstadt müssen die Chancen der wachsenden Stadt für die Berliner Sicherheitsarchitektur intensiv genutzt werden. Die Sicherheitsbehörden müssen eine Antwort auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und die objektive Sicherheitslage geben. Nach dem „Berliner Modell“ (1998) braucht es dringend eine neue, zeitgemäße Antwort auf die aktuellen Herausforderungen in den Kiezen. Die örtliche Ausrichtung der Berliner Polizei muss wieder eine echte Priorität darstellen.

## Neuzuschnitt der Direktionen

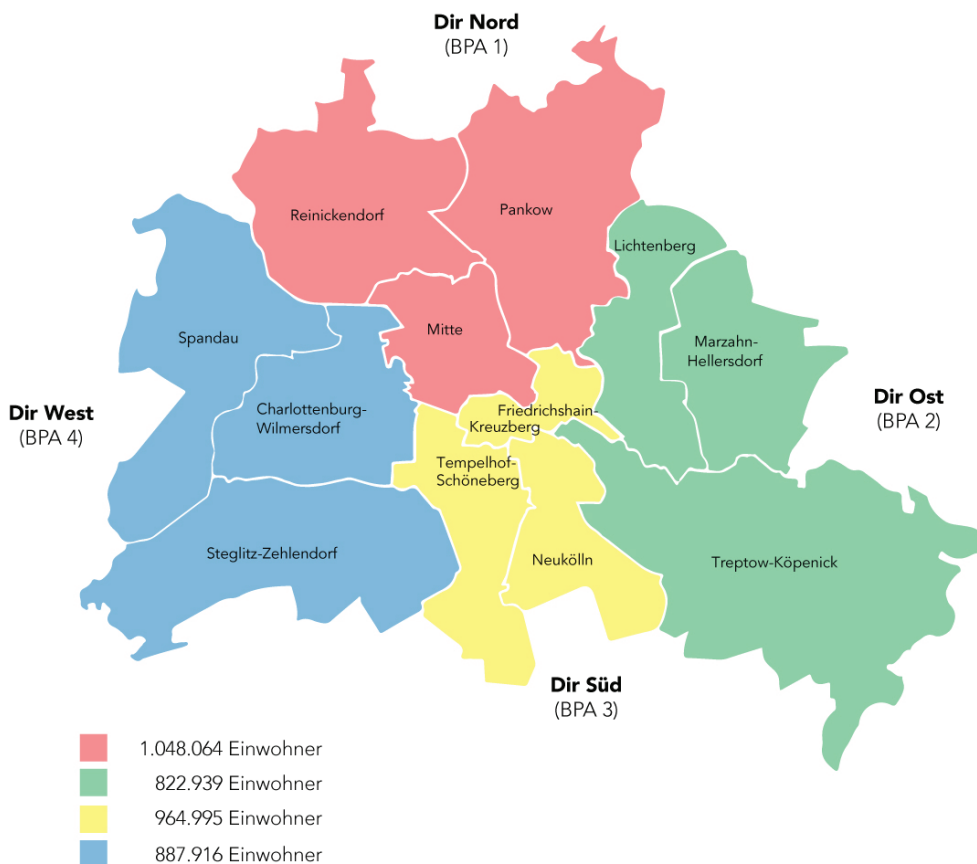
Derzeit besteht die Berliner Polizei aus sechs Direktionen. Ein radikaler Schnitt wäre von Nöten, um dem Anspruch auf mehr Sicherheit in der Hauptstadt gerecht zu werden.

Statt sechs Polizeidirektionen sollte ein Neuzuschnitt in vier Direktionen erfolgen:

- » Dir Nord (Pankow, Reinickendorf, Mitte = ca. 1.048.064 Einwohner),
- » Dir Ost (Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick = ca. 822.939 Einwohner),
- » Dir Süd (Friedrichshain-Kreuzberg, Tempelhof-Schöneberg, Neukölln = 964.995 Einwohner) und
- » Dir West (Spandau, Charlottenburg-Wilmersdorf, Steglitz-Zehlendorf = ca. 887.916 Einwohner).

Diese Struktur passt sich den bestehenden Strukturen sowie insbesondere den Bezirksgrenzen und den Verwaltungen an.

## Neuaufteilung in vier Polizeidirektionen



Ziel muss es sein, die örtlichen Abschnitte mit Personal auszustatten, sodass diese für den Bürger erkennbar leistungsfähig werden. Dazu sind

grundsätzlich Nebenwachen einzurichten, um die Wege für den Bürger kurz zu halten. Ein Modell könnte sich an den Standorten der Bürgerämter (Kombination mit dem Kontaktbereichsbeamten) orientieren, sowie eine Ergänzung durch mobile Wachen in den Direktionen enthalten.

### **Nebenwachen und Direktionskommandos**

In den Außenbezirken müssten zunächst neue und kleine Nebenwachen entstehen. Diese sollen Ausgangspunkt für die mittel- und langfristige Planung der neu zu schaffenden Polizeiabschnitte werden. Sie sollten von 9 bis 20 Uhr geöffnet sein. Eine örtliche Einsatzhundertschaft (Direktionskommando) mit ca. 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern würde zum einen die „mobile Wache“ im Zuge operativer Maßnahmen unterstützen und zum anderen die regionalen Schwerpunkte in den Direktionen bearbeiten. Diese wäre konkret an die jeweiligen neugeschaffenen Direktionen angegliedert. Dies würde zu schlankeren Entscheidungsebenen in den Polizeiabschnitten und zu mehr Entscheidungskompetenz in den jeweiligen Direktionen führen.

### **BPA und Einsatzhundertschaften**

Perspektivisch müsste es eine Bereitschaftspolizeiabteilung (BPA) mit vier Einsatzhundertschaften geben, um jede der vier Direktionen nach dem Prinzip der Patenschaft durch eine eigene Einsatzhundertschaft zu begleiten. So würden auch die so wichtigen Kiezkenntnisse gefördert und gefestigt. Gleichzeitig müsste zur Stärkung der Sichtbarkeit auf der Straße die Sollstärke von 125 auf 150 Mitarbeiter erhöht werden. Wir benötigen Einsatzhundertschaften, welche nicht nur Aufträge abarbeiten, sondern aktiv Schwerpunkte setzen können.

Die Ausbildungseinheiten an der HWR sowie der Polizeiakademie sollten grundsätzlich ca. alle sechs Monate bei den geschlossenen Einheiten ihre Praxiserfahrungen sammeln können. Daraus würden eine stärkere Praxisorientierung in Ausbildung und Studium resultieren und neue Kapazitäten an der Polizeiakademie geschaffen werden.

Im Kern geht es um eine Verschlankung der Befehlsebenen und Verantwortungsbereiche der Führungs- und Stabsstrukturen. Es kommt der altbekannte Grundsatz zum Tragen: „Nur so viel Personal wie unbedingt notwendig im Stab – aber dafür so viel Personal wie möglich in der Linie“. Derzeit könnte man aus den Stäben insgesamt ca. 300 Beamte in die Fläche und die örtlichen Abschnitte bringen. Klare und verkürzte Dienstwege könnten noch weitere Polizeivollzugskräfte freisetzen. Die Führungsstrukturen der Einsatzhundertschaften (Führungsgruppen) sind jedoch auf einem stabilen Niveau zu halten, um nicht die Einsatzfähigkeit einer auf sich gestellten Einsatzhundertschaft zu gefährden.

Außerdem müssen die Planbarkeit der Dienste sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oberste Priorität erlangen, Ausstattungs- und Ausrüstungsmängel zeitnah behoben werden und ein schärferes Controlling

*„Nur so viel  
Personal wie  
unbedingt notwendig  
im Stab – aber dafür  
so viel Personal  
wie möglich in der  
Linie.“*



institutionalisiert werden.

### **Polizeiabschnitte**

Die Polizeiabschnitte müssen von administrativen Aufgaben konsequent entlastet werden. Diese Aufgaben könnten die neu zugeschnittenen Direktionen übernehmen. Zielführend wäre ein Neuzuschnitt der Abschnitte mit punktueller Personalverdichtung und mehr Funkwagenstreifen in Schwerpunktabschnitten. Die Reaktionszeiten müssen konsequent reduziert werden. Folgerichtig wäre zu prüfen, welche Abschnitte ebenfalls einen Neuzuschnitt erhalten müssen. Kriterium hierfür sollten neben ihrer Fläche auch die Einsatzbelastung und das Einsatzaufkommen gemessen an der Einwohnerzahl sein. Gegebenenfalls sind einzelne Abschnitte in zwei Abschnitte zurück zu strukturieren oder Abschnittsgrenzen entsprechend zu verschieben.

Die Arbeitsintensität soll auf breitere Schultern gestellt werden. Mehr Bürgernähe muss durch eine weitere Entlastung der Polizei von polizeifremden Aufgaben erfolgen. Auch müssen sämtliche Ordnungsbehörden aktiv in die Abschnittsdienste einbezogen werden und die Abschnitte bei Vorgängen wie beispielsweise Amtshilfeersuchen oder Schreib- und Verwaltungstätigkeiten unterstützen. Mittelfristig müssen die sich betroffene Ämter so organisieren, dass der eigene Außendienst oder das Ordnungsamt ermächtigt und rechtlich befähigt werden, die Vorgänge selbst zu bearbeiten.

Die Entlastung der Polizeivollzugskräfte könnte auch durch Angestellte der Polizei bei der Sachbearbeitung erfolgen, was zusätzlich Exekutivkräfte freisetzen würde.

Ordnungswidrigkeiten im Sinne von minderen Unfall- und Bagatellschäden durch PKWs könnten zukünftig durch den Zentralen Objektschutz (ZOS) oder durch das zuständige Ordnungsamt (OA) bearbeitet werden.

Fahrrad- und Fußstreifen sowie die mobilen Wachen sollten wichtige Elemente in den Direktionen und in den Kiezen werden.

Eine weitere Überlegung wäre ein angepasstes Vier-Ebenen-Modell innerhalb eines Polizeiabschnitts, bei dem der Führungsdienst auf vier Ebenen verteilt wird: den Funkwageneinsatz, die Vorgangsbearbeitung, Den Kontaktbereichsdienst und den Streifendienst. Somit würden die Führungsdienste direkter gestaltet und somit verschlankt werden.

### **Polizei im vollzugsnahen Bereich (jetzt: tarifbeschäftigter Objektschutz)**

Der ZOS muss bei einer zukünftige Reform eine wichtige Rolle spielen. Gerade im ZOS steckt mehr Potenzial die Effizienz der Polizei Berlin insgesamt zu steigern und auszubauen. Gleichzeitig sollte das Rekrutierungsmoment für den Polizeivollzug aus dem ZOS bewusst genutzt werden. Aktuell besteht bereits eine positive Bilanz von Angestellten des ZOS die in den Polizeivollzug

wechseln. In die Bemühungen der Polizei Berlin um Personalgewinnung sollten hier entsprechende Überlegungen mit einfließen.

Die Option einer Befugnis-Erweiterung für den ZOS könnte eine reale Entlastung der Funkwagen bei der Ahndung von minderen Ordnungswidrigkeiten bedeuten und sollte daher hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit ausgelotet werden.

### **Bewachung der Polizeiliegenschaften**

Die Polizeiliegenschaften sollten zukünftig nur noch durch eigene Kräfte, also durch Polizei im vollzugsnahen Bereich (derzeit ZOS), bewacht werden. Verträge mit privaten Sicherheitsunternehmen sind zu kündigen. Es bedarf eines Programms um die Polizeiliegenschaften zu sichern. Schleusen im Eingangsbereich, hohe Zäune, einbruchsichere Fenster und der Schutz der PKWs auf und vor den Liegenschaften: Derartige Sicherheitsmaßnahmen sind zu priorisieren.

Der Weg zum attraktiven Arbeitgeber beinhaltet auch die Nutzung von kostenlosen Parkflächen auf den Liegenschaften, insbesondere für Schichtdienstleistende. Für Fahrradfahrer und E-Bike-Nutzer sind überdachte Abstellflächen mit entsprechenden Lademöglichkeiten zu schaffen.

### **Investitionen, Modernisierung und Digitalisierung**

Die Investitionen in die bauliche Infrastruktur und in den Fahrzeugpark haben oberste Priorität. Die Einführung eines neuen „Hygiene-Faktors“ im Öffentlichen Dienst soll künftig eine tragende Rolle spielen. Die Polizei Berlin muss sich – auch im Hinblick auf die Arbeitsumgebung – als attraktiver Arbeitgeber präsentieren.

Für den Baufortschritt muss ein schärferes Controlling eingeführt werden, welches auch Konsequenzen gegenüber dem Gesetzgeber beinhaltet.

Die Digitalisierung sollte sich in der Ausstattung der Funkwagen, der örtlichen Abschnitte sowie der Kriminalpolizei widerspiegeln. Digitalisierungsmaßnahmen folgen dabei weder dem Selbstzweck noch Prestigebemühungen, sondern ermöglichen die effektive Arbeit der Einsatzkräfte. Mit der entsprechenden Ausrüstung und Fortbildung der Einsatzkräfte wird auch hier Entlastungspotenzial nutzbar.

### **Funkwagen**

Eine moderne Hauptstadtpolizei braucht zusätzliche Funkstreifenwagen mit Global-Positioning-System-Technik und digitalen Zugangsmöglichkeiten wie z.B. Internetzugang, welche tatsächlich im Einsatzraum streifen und dabei erste, dringend notwendige Schreibarbeiten „an Bord“ leisten können. Daraus resultiert eine effektive Einsatzsteuerung und Bearbeitung

*„Der Weg zum attraktiven Arbeitgeber beinhaltet auch die Nutzung von kostenlosen Parkflächen auf den Liegenschaften, insbesondere für Schichtdienstleistende.“*

am Einsatzort sowie eine Reduzierung der Bearbeitungszeiten auf der Einsatzdienststelle.

Die Abschnitte mit kriminalitätsbelasteten Orten (KbO) benötigen drei anstatt zwei Streifenbeamte im Funkwagen. Gerade in den derzeitigen Bereichen der Direktionen 3 und 5 ist dies nötig. Grundsätzlich sollte präventiv und repressiv gegen die Neuformierung von kriminalitätsbelasteten Orten vorgegangen werden. Das schließt auch die Prävention und die bessere Zusammenarbeit mit Trägern und Vereinen in diesem Bereich mit ein. Einsatzräume, die „außerhalb des S-Bahnring“ liegen, dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Interaktive Funkwagenstreifen und die Einsatzhundertschaften bzw. die Direktionskommandos der jeweiligen Direktionen müssen dort – ständig – streifen. Es gilt einmal mehr der Grundsatz polizeilicher Präsenz und Sichtbarkeit. Die Wegnahme der Direktionshundertschaften, der Verkehrsdienste und der Hundeführer muss erneut auf den Prüfstand und gegebenenfalls rückgängig gemacht werden.

*„Die Wegnahme der Direktionshundertschaften, der Verkehrsdienste und der Hundeführer muss erneut auf den Prüfstand und gegebenenfalls rückgängig gemacht werden.“*

### **Landeskriminalamt Berlin**

Beim Landeskriminalamt (LKA) Berlin muss es wieder ausreichend Personal für alle Fachdienststellen und Kommissariate geben. Derzeit führt die Überlastung des LKA 5 dazu, dass in anderen Bereichen Personal abgezogen wird. Es werden Mindeststellenanzahlen benötigt, damit eine Spezialdienststelle wie das LKA 4 nicht unter zwölf Mitarbeiter/innen fällt.

Das LKA Berlin sollte eine andere Struktur erhalten mit der Prämisse der Stabsverschlanung. Klare und kurze Entscheidungsstrukturen sind nötig. Ein neuer Bereich „Forschung“ sollte eine Säule innerhalb der bestehenden Struktur werden. Das LKA Berlin sollte die Schupos wieder in die örtlichen Abschnitte und Direktionen zurückführen und sukzessive eigenes Personal aufbauen. Die örtliche Kripo muss wieder die Aufgabe einer orts- und bürgernahen Sofortbearbeitung übernehmen. Eine klare Schwerpunktsetzung des LKA Berlin ist notwendig, gerade wegen der inhaltlichen Verschränkungen von BTM-Handel und -Konsum im OK-Bereich mit dem Bereich des Terrorismus. In den Bereichen Organisierte Kriminalität und Staatsschutz (Terrorismus) sind daher übergreifende Fachkommissariate zu bilden.

Die Sofortbearbeitung der Kriminalpolizei verbleibt in den örtlichen Direktionen und muss personell so gestärkt werden, dass unverzüglich und bürgernah mit der Spurensicherung und -bearbeitung begonnen werden kann.

Das geltende Prinzip der Rotation im LKA sollte neu getaktet werden. Nach mindestens fünf, höchsten aber sieben Jahren in der Sachbearbeitung sollte das Rotationsprinzip greifen. Ein klar geregelter Wissenstransfer bei der Einarbeitung und der Übergabe in andere Fachkommissariate muss etabliert werden. Fachwissen darf keine „Beförderungsbremse“ sein.

### **Gefangenenwesen**

Die Gefangenessammelstelle (GeSa) sollte personell so aufgestellt werden, dass die ID-Behandlung einen Funkwagen oder eine Einsatzhundertschaft zeitlich nicht unnötig bindet. Ein konsequentes Zeitmanagement vor Ort muss etabliert werden. Die vier Direktionen benötigen kleinere Gefangenessammelstellen vor Ort oder eine Stärkung von mobilen Transportkommandos. Es muss festgestellt werden, wie viele Zellentakte in den jeweiligen Polizeiabschnitten derzeit noch vorhanden sind und wie diese (re)aktiviert werden können um Fahrwege und Wartezeiten zu minimieren.

### **Polizeiärztlicher Dienst**

Der polizeiärztliche Dienst sollte eine aktivere Rolle einnehmen und der Gutachtenrückstau proaktiv und sukzessiv abgebaut werden. Eine neue Organisationseinheit gemeinsam mit der Berliner Feuerwehr und eine engere, gemeinsame Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg könnte angestrebt werden.

### **Motivation der Belegschaft**

Motivation und Leistungen sollen belohnt und gesteigert werden. Polizeivollzugskräfte, welche durch hohes Engagement auffallen, sollten vermehrt per Handschlag befördert werden und ggf. auch die Laufbahn wechseln können. Es ist ebenfalls denkbar, nach zehn Jahren automatisch in den gehobenen Dienst aufsteigen zu können. Dieses Anreizsystem sollte gerade bei der Förderung von Beamt/innen eingesetzt werden. Der verkürzte und gezielte Aufstieg kann somit ein Förderinstrument werden. Fortbildungen sollen für Polizeivollzugskräfte zukünftig verpflichtend werden.

### **Aus- und Fortbildung**

Die Polizeiakademie (PA) und die Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) sollten als Standorte für eine moderne Polizeiausbildung in baulicher und inhaltlicher Sicht weiterentwickelt werden. Dies kann nur durch konkrete Investitionen und jeweilige Masterpläne, welche finanziell gut aufgestellt und abgesichert sein müssen, erreicht werden. Auch hier spielt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine wichtige Rolle. Beispielsweise ist die Verbesserung der Kinderbetreuung – vielleicht durch eine „Polizeikita“ – als Zielmarke in die zukünftige Planung mitaufzunehmen.

Derzeitig sind die Kapazitäten im Hinblick auf Ausbildungsplätze und Neueinstellungen begrenzt. Grund dafür sind mangelhafte oder ungerichtete Investitionen der Vergangenheit in Personal und Infrastruktur. Für die moderne Polizeiausbildung fehlte es an einem konkreten Plan und wesentliche Strukturentscheidungen wurden aufgeschoben oder nicht ausfinanziert.

Ohne jetzt einen Masterplan zu erarbeiten, wird es also mittel- und langfristig keine Besserung geben können. Und ohne eine klare Schwerpunktsetzung für

*„Polizeivollzugskräfte, welche durch hohes Engagement auffallen, sollten vermehrt per Handschlag befördert werden und ggf. auch die Laufbahn wechseln können.“*

die Ausbildung an der Polizeiakademie und der HWR werden neue Probleme folgen. Ob es die Einstellungsvoraussetzungen waren, die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Bewerberinnen und Bewerber oder eine praxisorientierte Wissensvermittlung und Spezialisierung – viele Aspekte sind jahrelang nicht erfolgreich begleitet worden. Hier muss eine Trendwende erfolgen.

Auch der Anspruch für eine aktive Aus- und Fortbildungspolitik innerhalb der Polizei Berlin lässt zu wünschen übrig. Ein moderner Anspruch muss sein, dass eine Fortbildung verpflichtend und planbar ist. Jede und jeder hat einen klaren Anspruch darauf. Die Schaffung von vier Einsatztrainingszentren stellt eine wichtige Grundlage für die Polizei Berlin dar.

### **Controlling**

Die Berliner Polizei muss im Bereich ihrer eigenen Aufgabenfelder selbstkritisch reagieren. Die Sinnhaftigkeit von internen Vermerken oder Schwerepunkteinsätzen ist nur gegeben, wenn daraus der Anspruch erwächst, Veränderungen zu vollziehen. Lediglich eine Statistik zu füllen, greift zu kurz.

*„Ohne jetzt einen Masterplan zu erarbeiten, wird es also mittel- und langfristig keine Besserung geben können. Und ohne eine klare Schwerpunktsetzung für die Ausbildung an der Polizeiakademie und der HWR werden neue Probleme folgen.“*

